



## Protokoll der 28. Sitzung des Einwohnerrates

vom 20. August 2003, 17.00 Uhr, im Landratssaal

---

**Anwesend:** 34 Mitglieder

**Entschuldigt:** Susanne Brodbeck, Bernhard Fröhlich, Adrian Mächler, Philipp Senn, Werner Weber und Pascal Wyss  
Stadtrat Werner Kunz

<b>Traktanden</b>	<b>Laufnummer</b>
1. Bericht der Geschäftsprüfungskommission zum Amtsbericht 2002 des Stadtrates <i>://: Zur Kenntnis genommen</i>	03/135
2. Interpellation von Marie-Therese Beeler namens der Fraktion GL/Fraumättler betreffend Engagement der Stadt Liestal für die offene Kinder- und Jugendarbeit <i>Erledigt</i>	03/133
3. Motion von Daniel Schwörer namens der FDP-Fraktion für ein Informations- und ein Strategiekonzept zur Bahn 2000 <i>://: An den Stadtrat überwiesen</i>	03/134
4. Bericht des Stadtrates betreffend Heidenlochstrasse, Ausbau Abschnitt Grammetstrasse bis zur Einfahrt Überbauung Cheddite – Projektierungskredit <i>://: Antrag Stadtrat zugestimmt</i>	03/143
5. Bericht des Stadtrates betreffend eventuelle Abschreibung von Motionen und Postulaten <i>://: Teilweise Anträgen Stadtrat zugestimmt</i>	03/144
6. Interpellation von Stefan Saladin betreffend Tourismusbüro in Liestal <i>Erledigt</i>	03/141
7. Fragestunde	

Ratspräsident Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) begrüsst die Anwesenden zur ersten Einwohnerratssitzung des Amtsjahres 2003/2004, speziell Astrid Basler-Beugger, die als Nachfolgerin von Debora Keller neu im Rat Einsitz nimmt.

Sein Präsidialjahr leitet Paul Finkbeiner mit folgenden Gedanken ein:

S`het emol öper gseit, ä gueti Red het ä guetä Afang, ä guetä Schluss, und die beide Teili settä nit z`witt usenander ligge. Ich will mi an die Empfählig halte.

Mis Präsidiumsjoht stell ich unters Motto „**Sport und Musik**“, als früeneri Sändig vom ehemalige Radio „Beromünster“ am Sunntig z`Mittag.

Sport als herti Usenandersetzig, wo mir d`Fairness aber nid us dä Auge verliere. Als ehemalige aktive Fussballer, Handballer, Lichtathlet, zwüscheni als Schwinger und Nationalturner und au als Plausch-Tennisspieler glaub ich z`wüsse, vo was ich red.

Im Sport gits Sieger und Verlierer, d`Grössli vom Sieger isch näbst em Sieg, dass mä dr Verlierer nit abschätzig behandelte und respektiert, d`Grössli vom Verlierer, dass d`Niederlag und dodermid dr Sieger ohni Wenn und Aber akzeptiert wird, au wenn`s knapp usgange isch.

Musik als Thema, wo mä zämme muess üebe, dass näbst im Chönnä d`Harmonie nit z`churz chunnt. Dass öpenemol ä Misston g`spielt wird muess mä in ChauF neh, aber z`vill Misstön si schlächt und schade im ganze Musikkorps. Au do föhl ich mi als Pfyffer berächtigt, ä Wörtli mit z`redä.

Zämmäfasst:

- **Sport als fairi Usenandersetzig zum Wohl vo Lieschtel**
- **Musik als d`Suechi nach Harmonie, au zum Wohl vo Lieschtel**

Ich hoff uf ä guet`s Joht mit villnä interessante, aber nit z`lange Vote, für mi ä guets Fingerspitzegföhl in dr Sitzigsleitig, für eus alli än erfolgrichi Zyt, uff das mir das „Schiffli“ Lieschtel trotz einige Stürm chönnä uf Kurs halte, und in absehbarer Zyt au wieder ä bessere finanziellä Bodä unter dä Füess hei.

---

### Mitteilung des Ratspräsidenten

- Von Doris Greiner ist ein Danksagungsschreiben für die Anteilnahme beim Tod ihrer Mutter eingetroffen. Dieses wird vom Ratspräsidenten verlesen.
- Am 20. September 2003 wird in Onex ein Stadtfest durchgeführt, an dem auch eine kleine Delegation von Stadtrat und Verwaltung teilnehmen wird. Eine Beteiligung von einigen Ratsmitgliedern, z.B. je ein Mitglied aller Fraktionen, wird vom Stadtrat begrüsst. Interessierte könne sich beim Ratssekretariat anmelden.
- Rolf Senn und Stefan Saladin haben für den 5. September 2003 ein Fussballspiel gegen ein Team des Landrates organisiert. Für das Team der Stadt haben sich bereits Interessenten aus Stadtrat und Verwaltung gemeldet. Die interessierten Mitglieder des Einwohnerrates werden gebeten, sich ebenfalls möglichst bald bei den Organisatoren anzumelden.
- Auf die nächste Sitzung wird die Telefonliste aktualisiert. Die Ratsmitglieder werden gebeten, allfällige Änderungen dem Ratssekretariat zu melden.

---

### Mitteilungen des Stadtrates

- Stadtpräsident Marc Lüthi informiert, der Stadtrat habe vor seiner gestrigen Sitzung eine Waldbegehung gemacht und sich über die von der Trockenheit ver

ursachten Schäden informieren lassen. Er sei besorgt über die Entwicklung, auch bezüglich Trinkwasser. Im Moment gebe es davon zwar noch genügend, die Grundwasservorkommen lägen bei ca. 80 %, Sorgen mache jedoch der stark überdurchschnittliche Verbrauch. Deshalb habe der Stadtrat beschlossen, die Bevölkerung zu haushälterischem Verhalten aufzurufen. Ein entsprechender Aufruf werde morgen via Medien publiziert. Damit könne der Zukauf von zusätzlichem Trinkwasser bei der Hardwasser AG vermieden werden.

---

Als **Stimmzähler** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

Luzia Kilchmann  
Hans Brodbeck  
Ernst Gebhard / Astrid Basler

---

### **Traktandenliste**

Von der Fraktion GL/Fraumättler ist ein Zusatzgeschäft Ersatzwahlen in ständige Kommissionen (Nr. 03/147) beantragt worden. Dieses wird an den Anfang der Traktandenliste gesetzt.

Weitere Änderungsanträge zur Traktandenliste werden nicht gestellt.

---

### **Neue persönliche Vorstösse**

- Verfahrenspostulat von Daniel Schwörer namens der FDP-Fraktion für ein erheblich reduziertes, symbolisches Sitzungsgeld (Nr. 03/148)

---

### **Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 25. Juni 2003**

://: Das Protokoll wird mit folgenden Änderungen genehmigt:

- Seite 669, Votum Herr Emanuel Christ, 1. Absatz: Die in Aussicht gestellte Folienserie wurde dem Protokoll nicht beigelegt, weil sie sehr umfangreich ist. Sie kann bei Bedarf beim Ratssekretariat als CD ausgeliehen werden.
- Seite 703: Paul Finkbeiner erhielt 32 Stimmen, nicht 31.

## 251 G.2.2.4. Behörden: Gemeinderat

### 1. Bericht der Geschäftsprüfungskommission zum Amtsbericht 2002 des Stadtrates (Nr. 03/135)

Die Geschäftsprüfungskommission hat gemäss Gemeindeordnung die Aufgabe, den vom Stadtrat erstellten Amtsbericht zu prüfen, die richtige Anwendung der gesetzlichen Vorschriften zu überwachen und dem Einwohnerrat darüber Bericht zu erstatten.

Der Amtsbericht 2002 wurde in der GPK sowie in drei Subkommissionen eingehend geprüft. Anhand eines Fragenkatalogs wurden die offenen Fragen mit einer Delegation des Stadtrats besprochen. Die Ergebnisse sind in einer Tabelle zusammengefasst ein integrierender Bestandteil des Kommissionsberichts.

Die GPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig, vom Amtsbericht Kenntnis zu nehmen.

---

GPK-Präsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) erklärt, der Amtsbericht sei der GPK Ende April zugestellt worden. Diese habe sich bemüht, das Geschäft möglichst rasch zu behandeln, damit der Bezug zur Aktualität erhalten bleibe. Der Stadtrat habe die von der Kommission gestellten Fragen ausführlich beantwortet. Diese seien in der dem Bericht angehängten Tabelle ersichtlich. Die GPK habe sich schwergewichtig mit Fragen zum Thema Optimierung und Organisation der Verwaltungsbereiche befasst und Auskünfte über alle Bereiche eingeholt. Nebst der Homepage und dem Amtlichen Mitteilungsblatt sei der Amtsbericht ein interessanter und aussagekräftiger Informationsträger, auch für die Bevölkerung. Die GPK beantrage die Kenntnisnahme des Berichts.

Stadtpräsident Marc Lüthi betont, zu dem auf Seite 3 am Schluss formulierten Satz „nach wie vor ist nicht ersichtlich, wer für das Verfassen des Amtsberichts verantwortlich zeichnet“, halte er fest, dass der Stadtrat als Gesamtgremium hinter den Vorlagen an den Einwohnerrat stehe, und nicht einzelne DepartementsvorsteherInnen oder Personen aus der Verwaltung. Ansonsten seien alle Stadtratsmitglieder bereit, Auskünfte zu erteilen.

Orla Oeri-Devereux (SP) führt aus, ihre Fraktion sei mit dem Amtsbericht und dem Bericht der GPK zufrieden. Form und Gestaltung des GPK-Berichts seien in der SP-Fraktion geschätzt worden. Der Bericht biete eine gute Übersicht und auch die Auflistung der Fragen und Antworten werde als sinnvoll beurteilt. Die SP-Fraktion werde dem Bericht einstimmig zustimmen und danke der GPK, dem Stadtrat und der Verwaltung.

Rolf Senn (FDP) bestätigt ebenfalls die Unterstützung seiner Fraktion zum Antrag der GPK.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) sichert auch namens ihrer Fraktion die Zustimmung zum Bericht zu. Dieser sei interessant und kläre viele Fragen durch die Auflistung der detaillierten Antworten. Es sei sauber und genau gearbeitet worden

und dies helfe mit, in Zukunft Fehler und Missverständnisse zu vermeiden. Sie danke ebenfalls der GPK und dem Stadtrat.

://: Vom Amtsbericht 2002 des Stadtrates wird einstimmig Kenntnis genommen.

## **252 F.5.2.2. Sozialdienst: Einzelne Teilgebiete und Aktionen**

### **2. Interpellation von Marie-Therese Beeler namens der Fraktion GL/Fraumättler betreffend Engagement der Stadt Liestal für die offene Kinder- und Jugendarbeit (Nr. 03/133)**

Stadträtin Regula Gysin nimmt zu den Fragen der Interpellation wie folgt Stellung:

- 1. Ist das jugendpolitische Konzept der Stadt Liestal für den Stadtrat noch relevant? Und wenn ja: Wer ist für dessen Umsetzung und Aktualisierung verantwortlich?*

Das Jugendkonzept ist 1991 beschlossen worden und immer noch relevant. Allerdings wurden nicht alle darin enthaltenen Empfehlungen umgesetzt. Der Schwerpunkt der Umsetzung bestand in der Führung des Treffpunktes mit integrierter Jugendberatung. Die Funktion des Jugendbeauftragten und die Einrichtung einer Jugendinformationsstelle brachte nicht den gewünschten Erfolg, weshalb diese Aufgabe teilweise aufgegeben und teilweise in den Jugendtreffpunkt integriert wurden. Come in come out wurde als Trägerorganisation ins Leben gerufen und nahm in den ersten Jahren jugendpolitische Aufgaben wahr. Mitte der Neunzigerjahre wurde eine Standortbestimmung durchgeführt und es fand eine Vernetzung mit den Anliegen des Drogenkonzeptes statt. Dabei wurde festgestellt, dass der Koordinationsbedarf im Bereich der Jugendarbeit gering ist, dass hingegen Problemsituationen von Jugendlichen niederschwellig angegangen werden müssten. Daraus entstand das Projekt Schulsozialarbeit, für das wiederum der Verein Come in come out die Trägerschaft übernahm. Heute fehlt die Funktion einer Jugendkommission, die den Gesamtbereich koordinieren und für die Umsetzung und Weiterentwicklung des Jugendkonzeptes die Verantwortung übernehmen könnte. Eine Überprüfung der aktuellen Situation mit der Frage der Schaffung einer neuen Jugendkommission ist vorgesehen. Dem Stadtrat soll bis Ende Jahr ein entsprechender Bericht vorgelegt werden.

- 2. Welche Massnahmen werden auf der Grundlage des Jugendkonzeptes realisiert? Welche Aufgaben wurden noch nie wahrgenommen? Welche Leistungen wurden in den vergangenen Jahren abgebaut?*

Die Führung des Jugendtreffpunktes mit einem integrierten niederschweligen Beratungsangebot und Informationsmöglichkeit wurde realisiert. Neben soziokulturellen Angeboten und Jugendprojekten werden Präventions- und Integrationsaufgaben wahrgenommen. Der Anteil der ausländischen Jugend ist hoch. Im Freizeitbereich wurde neben den vielfältigen Angeboten von Vereinen der Ferienpass erweitert und das Blaue Kreuz mit der Durchführung beauftragt. Dazu wurde zusammen mit den umliegenden Gemeinden ein Leistungsauftrag erteilt. Versuche mit Jugendarbeit in den Quartieren, in Verbindung mit dem Einsatz eines Jugendmobils wurden nach einer Pilotphase abgebrochen. Sie zeigten, dass die Jugend in Liestal zentrumsorientiert ist.

Die Schwerpunktaufgaben des Jugendkonzeptes wurden in der Umsetzung alle berücksichtigt, jedoch aufgrund von gemachten Erfahrungen nach Bedarf weiter verfolgt, teilweise auch aufgegeben oder in den Jugendtreffpunkt integriert. Insbesondere die Jugendinformationsstelle und die Jugendberatung wurden in den Treffpunkt integriert und die Stelle eines eigentlichen Jugendbeauftragten wurde nach

den Erfahrungen mit der ersten Stellenbesetzung als Beratungsstelle ebenfalls dem Jugendtreffpunkt zugeschlagen. Das Stellensoll gemäss Konzept wurde, nicht zuletzt auch aus Kostengründen, nicht realisiert.

Von der Stadt wurde im Rahmen von Sparmassnahmen der Betriebskostenbeitrag für den Jugendtreffpunkt vor einigen Jahren um CHF 10'000.-- reduziert. Parallel dazu sind auch die Spenden von Institutionen und Privaten rückläufig, was die Jugendarbeit empfindlich trifft. Aufgrund einer stark rückläufigen Bereitschaft zur Freiwilligenarbeit ist zum Erhalt des in den vergangenen Jahren erfolgten Leistungsangebotes im Jugendtreffpunkt eine stärkere Professionalisierung erforderlich. Aus Kostengründen wurde ein Begehren um den dazu nötigen höheren Betriebskostenbeitrag per 1.1.2003 abgelehnt. Dies führte zu einer Reduktion der Öffnungszeiten von 23 auf 14 Wochenstunden. Auch für Vernetzungsaufgaben, Kinder- und Jugendprojekte und für eine geschlechterspezifische Ausrichtung der Angebote fehlen die Kapazitäten.

*3. In welchen Bereichen der offenen Jugendarbeit ist die Stadt Liestal heute noch finanziell und personell engagiert? Mit welchem Aufwand?*

Der Jugendtreffpunkt wird mit CHF 110'000.-- unterstützt, was 120 Stellenprozent ermöglicht. Weiter werden für Sachaufwand CHF 20'000.- und für den Ferienpass CHF 18'000.-- investiert. Die Schulsozialarbeit wird mit CHF 46'000.-- unterstützt. Die dort geschaffene 50%-Stelle wird von den Kreisschulgemeinden mit finanziert.

*4. Wie hoch ist der Aufwand der Stadt Liestal für offene Jugendarbeit und Prävention im Vergleich mit anderen Gemeinden des Kantons? Um wie viel verringert sich dieser Aufwand mit der Übernahme der Schulsozialarbeit durch den Kanton?*

Im Vergleich mit anderen grösseren Gemeinden, welche Jugendtreffpunkte betreiben, liegt Liestal mit seinem finanziellen Engagement im unteren Bereich. In der Prävention hat Liestal eine Vorreiterrolle im Kanton und ist mit dem Projekt Schulsozialarbeit engagiert. Andere Gemeinden haben in der Zwischenzeit nachgezogen. Das Pensum für Schulsozialarbeit ist mit 50% für rund 1'000 SchülerInnen zu tief, auch im Vergleich zu anderen Gemeinden. Der Kanton sieht im Rahmen der Übernahme gemäss neuem Bildungsgesetz eine Aufstockung vor.

*5. Wie hoch ist der Aufwand der Stadt Liestal für kurative Massnahmen für Personen unter 25 Jahren (vormundschaftliche Massnahmen, Heimplätze, Therapien, begleitete Wohnprogramme etc.)?*

Liestal hat 2002 zur Finanzierung von Plazierungen und weiteren Massnahmen rund CHF 200'000.-- ausgegeben. Es wurden 30 vormundschaftliche Mandate und 17 Plazierungen in Heimen, Pflegefamilien und anderen Einrichtungen getragen. Bei diesem Engagement ist die Tendenz steigend und es wird vom Gesetz vorgeschrieben.

Persönlich spricht sich Stadträtin Regula Gysin für eine Verbreiterung des Angebots in Liestal aus, was nicht zwingend einer Verteuerung gleich komme. Es brauche eine Vernetzung der verschiedenen Institutionen und ihrer Angebote, insbesondere auch

mit den Vereinen, welche grosse Anstrengungen erbrachten. Eine Vernetzung in einer Jugendkommission würde hier helfen und das Jugendangebot in Liestal verbessern. Sie könne sich vorstellen, dass hier auch das Interesse vorhanden sei. Das Haus zur Allee könne hier allenfalls eine Plattform für die Vernetzung verschiedenster Organisationen bieten. Es gebe in Liestal viele tolle Jugendliche, zu denen Sorge getragen werden müsse.

Marie-Therese Beeler (GL/Fraumättler) dankt dem Stadtrat für seine Antworten, erklärt sich teilweise davon befriedigt und wünscht die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Marie-Therese Beeler (GL/Fraumättler) erklärt, im Zusammenhang mit dem Budget 2003 seien vom Einwohnerrat Einsparungen von CHF 50'000.-- beschlossen worden. Diese hätten massive Auswirkungen. Es sei wichtig, dass der Einwohnerrat zur Kenntnis nehme, was diese Einsparung konkret bedeute. Liestal habe ein sehr gutes Konzept, erbringe aber im Vergleich fast die niedrigsten Leistungen und gar keine Zentrumsleistungen. Der vom Rat nicht bewilligte Betrag habe beim Blauen Kreuz zu einer Pensen- und Stellenreduktion und zu einer Verringerung der Öffnungszeiten des Joy um 1/3 geführt. Im Jahresbericht des Joy sei eine tiefsitzende Enttäuschung feststellbar. Weiter habe sich die Zahl der BesucherInnen im letzten Jahr aber verdoppelt. 70 – 100 Personen würden pro Tag das Joy aufsuchen und es gebe lediglich eine Person für die Betreuung. Diese sei auf eine Aufpasserrolle reduziert, Betreuung sei so nicht mehr möglich. Jugendarbeit sei eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, aber die Jugendlichen hätten aufgrund ihrer Voraussetzungen teilweise nicht den Zugang zu den Vereinen und seien auf das Angebot des Jugendtreffpunktes angewiesen. Hier bestehe eine Aufgabe der Stadt, die momentan nicht wahrgenommen werde, aber Liestal habe eines der besten Konzepte. Finanzpolitisch könne man sich fragen, ob Jugendarbeit nötig sei. Aber auch aus rein finanziellen Überlegungen könne man nicht darauf verzichten, da sonst irgendwann Folgekosten entstünden, die weit höher seien. Man könne gescheit oder dumm sparen. In diesem Kontext wäre eine Diskussion, was die aktuelle Drogenszene am Bahnhof damit zu tun habe, interessant. Sie habe den dringenden Wunsch, dass die Leistungen der Stadt wieder erbracht würden und beim nächsten Budget nicht dumm gespart werden. Weiter sei sie nicht bereit, in einer Jugendkommission mitzuwirken, wenn nicht zuvor eine Kursänderung geschehe.

Werner Spinnler (FDP) äussert, seit August 2003 sei das neue Bildungsgesetz in Kraft, aber die Jugendsozialarbeit funktioniere nicht. Ihn interessiere, ob die Person, die diese Aufgabe bisher wahrgenommen habe, noch die Unterstützung des Stadtrates habe, um diese Phase zu überbrücken.

Stadträtin Regula Gysin bestätigt, die Person habe die Unterstützung und der Stadtrat sei in regelmässigem Kontakt. Dieser Kontakt werde weiter gepflegt, bis eine andere Form greife.

Lukas Flüeler (GL/Fraumättler) äussert zum Jugendtreffpunkt Joy, er habe vor etwa 12 Jahren in einer schwierigen Lebensphase dort selber Hilfe erfahren. Er wäre heute kaum hier, wenn es damals das Joy nicht gegeben hätte. Es bereite ihm Mühe,

wenn diese Arbeit durch mangelnde Finanzen zurückgebunden werde. Deshalb unterstütze er Marie-Therese Beeler bei ihrem Anliegen zu einer Wiederaufstockung.

Doris Greiner (SP) fügt an die Frage von Werner Spinnler an, bisher sei die Person vom Trägerverein finanziert worden. Sei frage sich, wie sich die Stadt hier engagiere. Weiter sei vielleicht die damalige Entscheidung der Legislative, die Verantwortung einem privaten Trägerverein zu übergeben, nicht geschickt gewesen. Man müsse diese Verantwortung allenfalls zurück zur Stadt holen, um eine breitere Trägerschaft zu gewinnen. Die SP-Fraktion unterstütze das Anliegen, dass sich die Stadt Liestal vermehrt um Jugendarbeit kümmere.

Stadträtin Regula Gysin antwortet, die bestehende Leistungsvereinbarung sei mit dem bewilligten Betrag nicht reduziert, sondern nicht weiter ausgebaut worden. Die Entwicklung habe schon früher begonnen und nun sei die Anpassung erfolgt. Von Seiten der Stadt bestehe ein enger Kontakt zu den Betreibern des Joy und der Gesamtstadtrat sei auch schon vor Ort gewesen. Der Stadtrat sei aber auch der Meinung, dass die Jugendarbeit breiter abgestützt und den Jugendlichen in Liestal eine Plattform geben werden solle. Sie freue sich, wenn auch Ratsmitglieder sich in der künftigen Jugendkommission engagieren würden.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) dankt Stadträtin Regula Gysin für den Einbezug der Vereine. Das Engagement für die Jugend sei wichtig für deren Zukunft. Vor Jahren sei im Fraumattschulhaus ein Jugenddancing eingerichtet worden. Heute seien andere Massnahmen nötig. Man wisse in Liestal um den Wert der Jugendarbeit. Die Vereine würden hier eine wichtige Aufgabe erfüllen. Diese sei natürlich nicht gleich, wie Sozialarbeit in den Schulen oder im Jugendtreffpunkt. Es sei aber nicht gerecht, wenn die Vereine nicht gleich behandelt würden. Er erinnere daran, dass die Vereine einen bedeutenden Beitrag zur Integration ausländischer Jugendlicher leisteten. In keinem anderen Freizeitbereich begegneten sich Jugendliche aus verschiedensten Ländern so intensiv, wie in den Sportvereinen. Dies sei eine grosse Herausforderung für Trainer und Betreuer. Jugend- und Präventionsarbeit müsse breit abgestützt sein und die Vereine müssten verstärkt mit einbezogen werden. Das ganze Jugendkonzept müsse wieder belebt werden. Es gelte dabei zu integrieren, anstatt zu separieren werden. Die Jugendliche würden sich dafür bedanken.

Marie-Therese Beeler (GL/Fraumättler) betont, es gehe ihr nicht um ein Ausspielen der Jugendarbeit gegen die Vereine, es fänden nur nicht alle Jugendlichen den Zugang zu den Vereinen. Sie finde es auch nicht gut, dass nur eine Organisation unterstützt werde. Diese sei aber kompetent und erbringe ebenfalls viel Eigenleistung über das Mass der Unterstützung durch die Stadt hinaus. Sie bitte darum, zu bedenken, dass auch hier ein grosses Engagement geschehe.

Somit ist die Interpellation erledigt.

**253 V.1.1. Bahnen**

**3. Motion von Daniel Schwörer namens der FDP-Fraktion für ein Informations- und ein Strategiekonzept zur Bahn 2000 (Nr. 03/134)**

Stadtrat Heiner Karrer erklärt die Bereitschaft des Stadtrates, den Vorstoss zu übernehmen. Er überlasse es dem Einwohnerrat, ob dieser die Form der Motion, weil dringend, oder, dem Geschäftsreglement entsprechend, die Form des Postulats wähle.

Daniel Schwörer (FDP) antwortet, er verstehe diese Aussage nicht ganz. Aber das Thema sei klar und in aller Leute Munde. Er befürchte aber, dass dies nicht dauerhaft so bleibe und dies wolle er mit seinem Vorstoss verhindern. Die Konzepte sollten bewirken, dass die nötige Auseinandersetzung stattfindet und der Stadtrat eine verantwortliche Rolle in der Meinungsbildung übernehme. Es gehe um die städtebauliche Zukunft Liestals. In der Vergangenheit habe es hier keine Konstanz gegeben. Die Idee sei, dass der Stadtrat sich konzeptionell überlege, wie die Bevölkerung regelmässig über die laufende Entwicklung informiert werden könne. Beim Strategiekonzept solle sich der Stadtrat weiter überlegen, wie er vorausschauend auf verschiedene mögliche Entwicklungen reagieren wolle. Bei einem konzeptionellen Angehen seien Überraschungen vermeidbar.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) äussert, ihrer Fraktion sei es ein grosses Anliegen, dass die Bevölkerung besser informiert werde. Nur so werde Widerstand gegen das Projekt geweckt. Sie hoffe, dass es der Stadt gelinge, die Bevölkerung rechtzeitig zu mobilisieren und diese nicht erst erwache, wenn es schon gelaufen sei. Ihre Fraktion stimme der Überweisung einstimmig zu.

Ernst Gebhard (GL/Fraumättler) erklärt ebenfalls die einstimmige Zustimmung seiner Fraktion zur Überweisung als Motion. Die Form des Postulats wäre zwar ebenfalls möglich, aber so sei es auch gut.

Peter Rohrbach (SP) fragt sich, ob man hier nicht eine Stellenbeschreibung für den Stadtrat mache. Dass dieser solche Hintergrundaufgaben wahrnehme, sei selbstverständlich und seine Aufgabe. Hier noch den Auftrag zu einem Konzept zu erteilen, finde er eine Übertreibung.

Daniel Schwörer (FDP) bestätigt, diese Aufgabe gehöre sicher zum Aufgabenbereich des Stadtrates. Angesichts der politischen Bedeutung und Brisanz sei die Motion aber schon ein richtiger Schritt. Die Anträge würden bewirken, dass ein sauberes Konzept erarbeitet werde und der Einwohnerrat die Stossrichtung des Stadtrates erkenne.

://: Die Motion wird mit grossem Mehr bei 2 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.

## 254 S.2.4. Strassen, Wege, Trottoirs

### 4. Bericht des Stadtrates betreffend Heidenlochstrasse, Ausbau Abschnitt Grammetstrasse bis zur Einfahrt Überbauung Cheddite - Projektierungskredit (Nr. 03/143)

Auf Antrag des Stadtrates stimmte der Einwohnerrat am 13.03.2002 der Erarbeitung eines Quartierplanes auf den Parzellen Nr. 1812 (Cheddite-Areal) und Nr. 3227 (Privatparzelle) grundsätzlich zu. Gleichzeitig wurde auch beschlossen, dass auf die Umzonung der Parzelle Nr. 2402 (Bürgergemeinde Liestal) in die Gewerbezone verzichtet wird. Die Parzelle soll aber in den Quartierplan einbezogen oder als Mutation zum Zonenplan Siedlung der Wohn- und Geschäftszone WG3 zugewiesen werden.

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass vorgängig auf dem Abschnitt Kasino bis Grammetstrasse der Ausbau der Heidenlochstrasse erfolgen muss. Zusätzlich ist auch das Strassenstück von der Grammetstrasse bis zur Einfahrt der Cheddite - Überbauung auszubauen. Beim Strassenausbau sind die örtlichen Gegebenheiten zu berücksichtigen, wobei die Planung gemeinsam mit den Anwohnern erfolgen soll. Ebenfalls ist der Bau- und Strassenlinienplan an die neuen Verhältnisse anzupassen.

In der Zwischenzeit wurde mit einer Anwohnerdelegation eine Vorprojektstudie ausgearbeitet. Die Studie stösst bei der Delegation auf eine gute Akzeptanz. Das Bauvorhaben ist nun weiter zu bearbeiten. Für die Planungsarbeiten (Allgemeines Bauprojekt sowie Bau- und Strassenlinienplan) ist ein Projektierungskredit erforderlich.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Für den Ausbau der Heidenlochstrasse (Abschnitt Kasinostrasse bis zur Einfahrt der Cheddite-Überbauung) wird für das allgemeine Bauprojekt sowie für die Überarbeitung des Bau- und Strassenlinienplans ein Projektierungskredit von CHF 75'000.-- zu Lasten der Investitionsrechnung bewilligt.

---

Ratspräsident Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) weist darauf hin, dass es im Titel der Vorlage wohl Kasinostrasse, anstatt Grammetstrasse heissen sollte. Weiter habe sich das Büro für eine Direktberatung ausgesprochen.

Franz Kaufmann (SP) führt aus, er habe an einer Informationsveranstaltung für die Quartierbewohner Gelegenheit gehabt, erste Projektskizzen zu sehen. Diese enthielten einen tollen und spannenden Ansatz, nicht in Richtung einer Piste durch das Quartier, sondern in Richtung eines integrierten Strassenraums. Wenn man die Strasse befahre, dann realisiere man, wie prekär die Situation des Heidenlochquartiers sei. Er freue sich, einem Kredit für ein gutes Projekt zustimmen zu dürfen. Seine Fraktion vertrete einstimmig diese Meinung. Im Zusammenhang mit der Planung der Überbauung Cheddite sei von einem sanften Ausbau die Rede, es werde aber nicht gesagt, wie dieser aussehen solle. Hier bestehe noch ein Informationsbedarf.

Pascal Porchet (FDP) stellt die Frage, wie es mit dem Investor für die Überbauung stehe, ob das Interesse noch vorhanden sei. Dies sei entscheidend, auch für die Situation der Zufahrt. Ansonsten stimme seine Fraktion der Vorlage zu.

Stadtrat Heiner Karrer erklärt, vor dem Strassenbau komme die Sanierung der Wasser- und Kanalisationsleitung. "Sanft" beziehe sich aber auf die Gestaltung des Strassenraums. In der heute noch gültigen Planungsgrundlage sei eine Piste vorge

sehen. Diese werde sicher nicht gebaut. Der Stadtrat versuche, mit den Anliegen der Anwohnerschaft gut umzugehen und entsprechend zu planen. Er wolle die Voraussetzungen für Tempo 30 schaffen. Bezüglich Cheddite sei dem Stadtrat der Quartierplan zur Genehmigung vorgelegt worden. Einzelne Kleinigkeiten seien hier noch zu klären. Von Seiten Cheddite sei man nach wie vor guter Dinge, dass ein Investor zu finden sei. Es gebe noch keine feste Zusage, aber man sei guter Dinge und der Optimismus sei einigermaßen nachvollziehbar. Der Strassenausbau werde aber nicht nur im Hinblick auf den Quartierplan geplant, sondern der Stadtrat habe diesen schon früher versucht. Er sei aber an den Forderungen des Quartiers gescheitert und auch durch die Umzonung der Parzelle der Bürgergemeinde in die Gewerbezone. Seit nun die Absicht zu einer Wohnzone bestehe, sei das Quartier offener. Die grosse Angst sei die Zunahme von Lastwagenverkehr gewesen. Der Stadtrat werde versuchen, dies zu vermeiden.

Elisabeth Weber (SVP/CVP/EVP) erklärt ebenfalls die Zustimmung ihrer Fraktion zum Projektierungskredit.

://: Für den Ausbau der Heidenlochstrasse (Abschnitt Kasinostrasse bis zur Einfahrt der Cheddite-Überbauung) wird für das allgemeine Bauprojekt sowie für die Überarbeitung des Bau- und Strassenlinienplans einstimmig ein Projektierungskredit von CHF 75'000.-- zu Lasten der Investitionsrechnung bewilligt.

**255 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**5. Bericht des Stadtrates betreffend eventuelle Abschreibung von Motionen und Postulaten (Nr. 03/144)**

Gestützt auf § 44 des Einwohnerrats-Geschäftsreglementes unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat jährlich eine Vorlage mit denjenigen Motionen und Postulaten, die seit mehr als zwei Jahren überwiesen, aber noch nicht abgeschrieben oder als immer noch nicht erledigt bezeichnet werden.

**Motion von Daniel Roth und Marcel Baumann vom 17. Januar 1992 betreffend der Überarbeitung des Zonenplanes Liestal (Nr. 92/366)**

Antrag des Stadtrates: Abschreiben der Motion Nr. 92/366.

://: Die Motion wird einstimmig abgeschrieben.

**Postulat von Marcel Baumann, Walter Gudenrath und Daniel Roth vom 22. November 1996 für ein koordiniertes Erschliessungs-, Sanierungs- und Finanzierungskonzept in den Bereichen Strassenraum, Wasser und Abwasser sowie weiteren Werkleitungen (Energien, TT, TV) (Nr. 96/27)**

Antrag des Stadtrates: Nichtabschreiben des Postulats Nr. 96/27.

://: Das Postulat wird nicht abgeschrieben.

**Postulat von Lukas Ott vom 24. November 1999 betreffend engere Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden (Nr. 99/273)**

Antrag des Stadtrates: Abschreiben des Postulats Nr. 99/273.

Daniel Schwörer (FDP) beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben, da es ein gescheitertes Postulat sei. Die Auslegeordnung solle aufzeigen, was optimiert werden könne. Der Landrat habe ein Gesetz verabschiedet, das die Zusammenarbeit besser regle. Es entstünden immer wieder Teilbereiche, in denen eine Zusammenarbeit sich aufdrängen könnte.

Ernst Burkhardt (SP) unterstützt diese Meinung.

://: Die Abschreibung des Postulats wird mit grossem Mehr, bei 1 Ja-Stimme abgelehnt.

**Motion von Adrian Mächler namens der FDP-Fraktion vom 6. November 2000 für einen vorgezogenen Beginn des Ausbaus des Kantinenwegs (Nr. 00/15)**

Antrag des Stadtrates: Abschreiben der Motion Nr. 00/15.

Adolf Fluri (FDP) findet, die Motion sei von zentraler Wichtigkeit für das Strassennetz. Er beantrage, diese stehen zu lassen, bis die Entwicklung klar sei. Allenfalls habe Stadtrat Heiner Karrer hier noch Informationen, die eine Perspektive aufzeigten.

Stadtrat Heiner Karrer antwortet, es gebe tatsächlich einige Neuigkeiten. Kurz vor den Sommerferien seien neue Gespräche mit Kantonsvertretern erfolgt. Diese hätten erklärt, man sei sich einig geworden, dass die Strasse eine Kantonsstrasse würde und der Bau deshalb Sache des Kantons sei. Dies sei eine wichtige Mitteilung und ca. CHF 1 Mio. wert. Ob der Kanton die Strasse allerdings so baue, hänge davon ab, ob er sie als Kantonstrasse würdig finde. Dieser Entscheid sei erst nach Vorliegen des Ergebnisses des Projektwettbewerbs möglich. Dieser sei inzwischen gelaufen und die drei Siegerprojekte seien dem Kanton zur Bewertung vorgelegt worden. Im Oktober seien weitere Verhandlungen zur Lösungsfindung geplant und er hoffe auf eine Einigung bezüglich der Wichtigkeit. Wenn dies zustande komme, dann baue der Kanton den Kantinenweg. Falls der Kanton negativ entscheide, müsse Liestal neu klären, ob die Strasse in diesem Umfang und für die bisher geplante Funktion zu bauen sei. Er gehe aber davon aus, dass der Kantinenweg eine Kantonsstrasse werde und im 2004 oder 2005 vom Kanton realisiert werde. Es gebe somit immer noch diverse Fragezeichen aber aus finanzpolitischer Sicht laufe eine gute Entwicklung. Der Bau werde aber noch verzögert.

://: Die Motion wird einstimmig abgeschrieben.

**Motion von Urs Knecht vom 29. November 2000 zur Ergänzung des Entwicklungsplans 95: Szenarien zur Verbesserung der Verkehrssituation unabhängig vom Bau des Halbanschlusses Gasstrasse an die J2 (Nr. 00/21)**

Antrag des Stadtrates: Abschreiben der Motion Nr. 00/21.

Jürgen Hänggi (GL/Fraumättler) erklärt, seine Fraktion sei gegen das Abschreiben und wolle das Vorliegen der kantonalen Verkehrsstudie für Liestal abwarten. Erst dann sei entscheidbar, ob die Motion noch gebraucht werde.

://: Die Motion wird mit 17 zu 16 Stimmen abgeschrieben.

**Postulat von Ernst Gebhard und Ernst Burkhardt vom 12. Februar 2001 zur Beruhigung des Verkehrs und zur Erhöhung der Sicherheit der Kinder, Fussgänger und Velofahrer in der Wiedenhubstrasse (Nr. 01/23)**

Antrag des Stadtrates: Die Abschreibung des Postulats Nr. 01/23 wird im Rahmen des aktuell dazu unterbreiteten stadträtlichen Berichts entschieden.

Das Postulat wurde bereits im Juni als erfüllt abgeschrieben.

**Postulat von Elsbeth Meier-Frey namens der SP-Fraktion vom 19. Januar 2001 zur Einführung der Blockzeit an Primar- und Sonderschulen der Stadt Liestal (Nr. 01/26)**

Antrag des Stadtrates: Abschreiben des Postulats Nr. 01/26.

Elsbeth Meier (SP) beantragt, das Postulat vorerst noch stehen zu lassen. Es sei wohl in der Zwischenzeit eine Motion da, diese sei aber anders platziert, als es die ursprüngliche Absicht der SP-Fraktion gewesen sei.

Marie-Therese Beeler (GL/Fraumättler) spricht sich ebenfalls dafür aus, das Postulat stehen zu lassen, bis wirklich klar sei, was das Liestaler Bildungsgesetz allenfalls an Einschränkungen bei den Blockzeiten bringe.

:// Das Postulat wird mit 18 zu 14 Stimmen abgeschrieben.

Im weiteren wurde in der Sitzung vom 25. Juni 2003 die Motion Nr. 02/100 behandelt und deren Anliegen erfüllt. Eine Abschreibung des Vorstosses wurde jedoch nicht beantragt. Die Motionäre sind mit der Abschreibung einverstanden.

://: Die Motion Nr. 02/100 wird einstimmig abgeschrieben.

**256 V.1.8.2. Verkehrsförderung: Propaganda, Fremdenverkehr**

**6. Interpellation von Stefan Saladin betreffend Tourismusbüro in Liestal (Nr. 03/141)**

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt einleitend, am 30. November 2003 werde ein kantonales Tourismusgesetz dem Stimmvolk zur Entscheidung vorgelegt. Weiter habe er kürzlich ein Gespräch mit dem Beauftragten der Wirtschaftskammer geführt und sich dessen Vorstellungen angehört. Dieser beabsichtige, mit Liestal, Laufen und einer Gemeinde aus dem Oberbaselbiet über ein Konzept zu diskutieren, das auch die Verschönerungsvereine mit einbeziehen werde. Der Stadtrat habe sich überlegt, ob Tourismus zum Kerngeschäft der Stadt gehöre und diese Frage im Rahmen des Finanzplans mit Nein beantwortet.

Zu den Fragen der Interpellation nimmt Stadtrat Ruedi Riesen wie folgt Stellung:

*Warum hat Liestal kein Verkehrs- und Tourismusbüro?*

Der Stadtrat geht davon aus, dass es sehr viele verschiedene Ansprechpartner im Gebiet der Stadt gibt, die alle mehr oder weniger initiativ sind. Die künftige Stossrichtung wird sein, die bestehenden Ressourcen mit dem Konzept des Kantons zu vernetzen und zu nutzen. Allenfalls wird ein gemeinsames Logo für sämtliche Tourismusangebote in Liestal geschaffen.

*Warum unterstützt die Stadt die Drehscheibe nicht?*

Der Stadtrat findet die Leistungen der Drehscheibe summarisch gut, unterstützt das Projekt ideell und nimmt auch Dienstleistungen in Anspruch. Sie ist jedoch ein privater, kommerziell geführter Betrieb, ohne Leistungsauftrag der Stadt. Beim Weggang des Geschäftsführers der Drehscheibe von der Stadtverwaltung wurde teilweise auch Support durch die Stadt gegeben, z.B. bezüglich deren Informationsmaterial. Bei der Erwartung einer finanziellen Unterstützung wäre der normale Weg ein Gesuch an die Stadt. Dieses fehle aber und im Finanzplan sei nichts in diese Richtung vorgesehen.

*Wer übernimmt die wichtige Aufgabe nach der Auflösung der Drehscheibe?*

Diese Frage ist komisch, es ist nichts bekannt, dass die Drehscheibe ihren Betrieb aufgibt. Im Falle einer Auflösung gilt es zu überlegen, welche Leistungen erbracht wurden, um diese in das künftige Konzept mit einzubeziehen.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen, erklärt sich allerdings nicht befriedigt davon und wünscht die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) erklärt, die Drehscheibe Liestal sei allen bekannt. Sie sei auf privater Basis aufgebaut worden. Vom Stadtrat seien einzelne Anregungen bei der Gründung gekommen. Viele Reisende würden mit der Bahn nach Liestal

kommen. Die Frage sei offen, wo sie sich über Liestal informieren könnten und wer ihnen die Sehenswürdigkeiten zeige. Dieses Wissen sei bei der Drehscheibe vorhanden und sie biete auch eine Informationsbroschüre über Liestal an. Tourismusangebote seien wichtig für Liestal. Zum Stadtmarketing gehöre auch ein Tourismusbüro, das breit informieren könne. Es sei in der Altstadt ein solcher Dienstleistungsbetrieb nötig. Das Ziel müsse sein, das bestehende Niveau zu halten und damit den Konsum im Stedtli zu fördern. Das Büro sei eine wichtige Lebensader und der Tourismus ein Kerngeschäft. Der Kanton fördere diesen und leiste Beiträge. Die Stadt solle sich hier anschliessen und ebenfalls Förderung betreiben. Bei der Drehscheibe sei nach zweijährigem Betrieb eine Standortbestimmung nötig, deshalb habe er die Frage 3 formuliert. Er würde aber sehr bedauern, wenn Liestal diese Anlaufstelle aus Kostengründen verliere.

Stadtrat Lukas Ott führt aus, der Stadtrat finde Tourismus grundsätzlich wichtig, obwohl Liestal wohl nicht die wichtigste Destination sei. Regula Gysin und er seien vor Jahren an Abklärungen beteiligt gewesen, um aktiver zu werden und Synergien mit dem Informationsschalter der Verwaltung zu nutzen. Dies wäre eine schlanke und günstige Lösung gewesen und hätte eine optimale Auslastung des Schalters gebracht. Es sei jedoch die private Initiative entstanden und die Drehscheibe eröffnet worden. So sei das Thema für den Stadtrat klar gewesen und als erledigt betrachtet worden. Man habe allerdings im Zusammenhang mit aufgetauchten Begehrlichkeiten gemerkt, dass diese externe Lösung teurer sei. Der Laden sei aber privates Unternehmertum und dieses sei frei. Man müsse auch ordnungspolitisch eine Trennlinie ziehen, wenn es um private Vermittlung von Angeboten gehe.

Franz Kaufmann (SP) erklärt, der Verschönerungsverein habe vor Jahren dem Reisebüro Rotstab einen Leistungsauftrag gegeben, dann sei dieser einige Zeit bei der Stadt gewesen und nun sei er bei der Drehscheibe. Dort werde gute Arbeit geleistet, aber der Verschönerungsverein unterstütze die Drehscheibe auch, ohne dies gross hervor zu streichen. Diese Information sei wichtig für die Gesamtbetrachtung.

Stadtrat Ruedi Riesen betont, er sei bei seinen bisherigen Ausführungen anständig gewesen, könnte aber auch noch zusetzen. Stefan Saladin sei nicht auf seine Antworten eingegangen. Der Stadtrat beabsichtige, alle bestehenden Ressourcen wie SBB-Reisebüro, VVL, Stedtlführer etc. zu nutzen. Er habe den Verdacht, dass es Stefan Saladin nicht um ein Tourismusbüro für die Stadt, sondern um die Subventionierung der Drehscheibe gehe.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) stimmt zu, die Themen Tourismus und Drehscheibe vermischt zu haben. Die Diskussion könne beendet werden. Er habe die Stimmung ausloten wollen und diese Informationen auch erhalten.

Somit ist die Interpellation erledigt.

## **257 G.2.5.5. Orientierung und Information: Anfrage und Auskünfte**

### **7. Fragestunde**

1. und 2. Frage, Marie-Therese Beeler (GL/Fraumättler) und Peter Furrer (SVP/CVP/EVP): Die Bürgergemeinde wird an ihrer nächsten Versammlung über die Möglichkeit eines Golfplatzes auf der Sichertern diskutieren. Welche Meinung hat der Stadtrat zu diesem Projekt bezüglich verkehrstechnischen, ökologischen und sozialen Komponenten einer solchen Umnutzung der Sichertern? Wie wird der Einwohnerrat und die Einwohnerschaft in die Planung eines solchen Projektes mit einbezogen?

Stadtrat Heiner Karrer erklärt, der Stadtrat jongliere hier im Moment noch mit zwei Hüten, als Bürgerrat und als Stadtrat. Als Bürgerrat sei er mit der Idee konfrontiert worden und taxiere diese als interessant und verfolgenswert, nicht zuletzt auch aus finanziellen Gründen. Als Stadtrat müsse er aber dafür sorgen, dass hier ein ganz normales Planungsverfahren anlaufe. Dazu gehörten Fragen der Landschaftsplanung und der verkehrstechnischen Auswirkungen. Zudem wäre eine Zonenänderung nötig. Hier gelte es, auf die kommende Bürgergemeindeversammlung erste Vorabklärungen zu treffen. Wenn diese dann beschliesse, die Idee weiter zu verfolgen, dann laufe ein ganz normales Planungsverfahren an. Die Bevölkerung habe hier die üblichen Einflussmöglichkeiten. Auch der Einwohnerrat müsse sich mit dem Geschäft befassen. Bei dessen Zustimmung mit mindestens einer 4/5-Mehrheit oder allenfalls einer positiv ausgehenden Volksabstimmung über die Änderung des Landschaftsplans laufe dann die detaillierte Planung an.

3. Frage, Marie-Therese Beeler (GL/Fraumättler): Die LiestalNet steht bereits in ihrem zweiten Betriebsjahr und noch immer gibt es keine ausreichende rechtliche Grundlage für deren Auftrag. Wann wird dem Einwohnerrat das GGA-Reglement vorgelegt?

Stadtrat Heiner Karrer antwortet, er nehme diese Schuld auf sich, er habe diesen Auftrag selber noch nicht erledigt. Er hoffe aber, dass die Sache bis zur nächsten Fragestunde erledigt sei.

4. Frage, Marie-Therese Beeler (GL/Fraumättler): Im Zusammenhang mit der Verkehrsberuhigung Wiedenhubstrasse wurden Bedenken über die Verkehrssicherheit der Velofahrer angemeldet. Wurden die Anregungen der Velofahrer bezüglich Sicherheit in die Planung mit einbezogen.

Stadtrat Heiner Karrer bestätigt, die betroffenen Kreise seien zu einer Anhörung eingeladen worden und die Lösung, welche jetzt umgesetzt werde, sei zur Zufriedenheit aller Seiten.

5. Frage, Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP): Die Kreuzung Militärstrasse - Kasernenstrasse wird sehr stark befahren. Der Kanton plant die Sanierung der Kreuzung. Für Liestal bräuchte dies eine Entlastung des Zentrumsverkehrs. Seitens Liestal besteht auch das Bedürfnis für eine uneingeschränkte Busdurchfahrt und für eine Licht

signalanlage. Wie sind die Bedürfnisse Liestals beim Kanton aufgenommen worden und wann beginnt dieser mit der Sanierung der Kreuzung?

Stadtrat Heiner Karrer führt aus, wann sei noch nicht klar. Das Thema sei ein wenig heikel. Der Stadtrat dürfe das Ergebnis der Volksabstimmung nicht ignorieren und das Stimmvolk habe die Verkehrsverlagerung auf die Rosenstrasse abgelehnt. Der Stadtrat habe trotzdem beim Kanton deponiert, dass er an dieser Kreuzung gerne eine Lichtsignalanlage hätte, weil der Busverkehr in den Stosszeiten teilweise massiv verzögert werde. Ein Entscheid sei jedoch noch nicht gefallen.

6. Frage, Adolf Fluri (FDP): Der Einbau von Wasser- und Kanalisationsleitungen in einen Kooperationsweg an der Wiedenhubstrasse wurde von der Stadt Liestal für ca. CHF 70'000.-- vergeben. Ein von der Anwohnerschaft eingeholter Kostenvoranschlag lag jedoch in der Höhe von nur CHF 25'000.--. Die Betroffenen Anwohner fragen sich zu Recht, warum diese grosse Differenz besteht und ob es dabei mit rechten Dingen zu geht.

Stadtrat Heiner Karrer erklärt, er sei zwar über die Vorgänge informiert, kenne aber die detaillierten Unterlagen nicht. Das Angebot in dieser Höhe sei tatsächlich erfolgt. Beim Zusammenrechnen sei er aber nicht auf CHF 70'000.-- gekommen. Die Offerte von CHF 25'000.-- sei seines Wissens aber auf einem Weg mit verschiedenen Anbietern und "Kollegenpreisen" zustande gekommen. Die Stadt habe in einem üblichen Verfahren die Arbeiten ausgeschrieben und vergeben und sei der Meinung, dass alles richtig gelaufen sei. Er kenne die Meinung, dass Offerten für die öffentliche Hand in der Regel etwas teurer seien als für Private. Wenn die Anwohnerschaft mit der bestehenden Praxis ein Problem habe, dann sei er zu einem klärenden Gespräch bereit.

7. Frage, Hans Brodbeck (FDP): "Berliner Mauer" quer durch Liestal - Die SBB planen eine Lärmschutzwand zwischen Bahnhof und Oskar Bider-Quartier im Rahmen einer Lärmsanierung der heutigen Bahn, nicht der Bahn 2000. Kann der Stadtrat darüber informieren?

Stadtrat Heiner Karrer führt aus, die SBB müssten aufgrund der Gesetzgebung die Bahnlinie lärmtechnisch sanieren und dabei die bestehenden Grenzwerte einhalten. Beim Neubau einer Strecke wäre der Lärmschutz noch um 5 db besser. Die SBB sei nun daran, in der ganzen Schweiz Sanierungsprojekte aufzulegen. In der Regel bestünden diese aus zwei bis 3 Meter hohen Wänden aus Beton oder Holz. In Liestal seien solche Wände ab der Grenze zu Lausen bis zum Bahnhof geplant, wo möglich direkt an der Bahnlinie und beim Burgeinschnitt oben auf der Geländekante. Beim Bahnhof sei der Wunsch der SBB die Poststrasse ca. drei Meter in Richtung Stedtli zu verschieben. Der Stadtrat habe hier klar ausgedrückt, dass dies nicht in Frage komme. Die Planaufgabe erfolge nun in den nächsten Wochen. Der Stadtrat habe versucht, die Bevölkerung im Juni vorzuinformieren. Die Informationsveranstaltung sei aber schlecht besucht gewesen. Beim Planaufgabeverfahren bestehe für die betroffene Bevölkerung die Möglichkeit zu Einsprachen, es sei aber auch möglich, bei flächendeckender Zustimmung der Quartiere, auf die Lärmschutzwände zu verzichten. Er empfinde dies zwar als komisch, sei aber so informiert worden. Die Unterlagen würden vom Stadtrat, sobald sie vorlägen, publiziert. Die Stadt werde

Gruppierungen aus den Quartieren bei Einsprachen mit Rat und Tat unterstützen. Die Stadt werde den Plan ebenfalls prüfen und möglichst gute Lösungen anstreben. Die Wände seien eine schlechte Variante und förderten die Verstummung. Das Beispiel Wiedenhubquartier, wo solche Wände realisiert worden seien, zeige, dass damit der Zerstörung von Lebensraum und der Verslumung Vorschub geleistet werde.

1. Zusatzfrage, Hans Brodbeck (FDP): Sind nur direkte Anstösser einspracheberechtigt oder auch die Quartiere dahinter?

Stadtrat Heiner Karrer antwortet, einspracheberechtigt seien sicher die Anstösser und alle in den Bereichen mit Grenzwertüberschreitungen wohnhaften Personen.

8. Frage, Paul Lüscher (FDP): Im Sichtenwald gibt es immer mehr Biker. Vor allem ältere Leute beklagen sich, dass sich diese lautlos und sehr schnell nähern, was teilweise zu gefährlichen Situationen führt. Dürfen Biker bei allgemeinen Fahrverboten trotzdem fahren? Könnte man allenfalls spezielle Bikerpisten aussondern?

Stadträtin Marliese Zimmermann antwortet, laut kantonalem Waldgesetz sei Velofahren und Reiten auf befestigten Waldwegen oder -strassen erlaubt. Wildes Fahren könne jedoch gebüsst werden. Bisher seien solche Personen ermahnt worden. Weiter sei die Signalisation noch nicht so glücklich. Das allgemeine Fahrverbot beschränke sich auf Autos und Motos. Die Signalisation werde in ganz Liestal demnächst geändert. Die zweite Frage sei für sie momentan nicht beantwortbar und allenfalls einen entsprechenden Vorstoss wert.

9. Frage, Pascal Porchet (FDP): Die Motion betreffend zukünftige Organisation und Abgeltung der Stadträte wurde am 24. Juni 2002 eingereicht. Zu überwiesenen Vorstössen sollte der Stadtrat innert sechs Monaten einen Bericht unterbreiten. Der Vorstoss wurde mit der Absicht eingereicht, dass die nötigen Entscheide bis zur Evaluation der Stadtratskandidaten bekannt sind. Nun läuft die Evaluationsphase im Herbst an und es liegt noch keine Antwort vor.

Stadtpräsident Marc Lüthi wiederholt seine damalige Aussage, dass die Organisationsfrage im Kompetenzbereich des Stadtrates liege und dabei bleibe es auch. Bezüglich der Abgeltung sei gestern im Stadtrat die 1. Lesung der Vorlage erfolgt und es sei geplant, die Einwohnerratsvorlage auf die Septembersitzung zu bringen.

10. Frage, Werner Spinnler (FDP): Das Leeren der öffentlichen Abfallkörbe geschieht in einem regelmässigen Turnus. Kann dieser Turnus durchbrochen werden, wenn Abfallkörbe an einzelnen Standorten schneller voll sind?

Stadträtin Regula Gysin antwortet in Vertretung von Stadtrat Werner Kunz, die Papierkörbe im Stedtli würden in der Sommerzeit von Montag bis Freitag täglich am Nachmittag und am Sonntag früh geleert. In der Winterzeit geschehe dies während der Woche nach Bedarf und am Sonntag früh. Im Kirchhof passiere die Leerung am Dienstag und Donnerstag durch die Stadt und an den übrigen Tagen nach Bedarf durch den Sigrist. In den Quartieren würden die Papierkörbe grundsätzlich ein Mal

pro Woche, am Dienstag oder Donnerstag und im Rotackerquartier zusätzlich noch am Freitag geleert. Der Papierkorb Sichernstrasse/Wiedenhubstrasse werde am Montag Nachmittag, Dienstag und Donnerstag geleert.

11. Frage, Pascal Porchet (FDP): Zur Motion betreffend Reduktion der OeWA-Zonen vom 11.11.2002 besteht die gleiche Frage wie unter 9.

Stadtrat Heiner Karrer sichert einen Zwischenbericht auf die September- Einwohner-ratssitzung zu.

12. Frage, Andreas Zbinden (FDP): Wieviele Bussen respektive Strafen wurden am 1. August 2003 aufgrund des Verbotes zum Abfeuern von Feuerwerkskörpern in der Stadt Liestal verhängt?

Stadträtin Marliese Zimmermann führt aus, seit Ende Juni bestehe das Feuerent-fachungs- und Rauchverbot im Wald und an Waldrändern. Das Verbot werde regel-mässig, auch abends, von Zweiertteams mit Angehörigen von Stadtpolizei, Feuer-wehr, Zivilschutz und der Forstverwaltung kontrolliert. Dabei habe man wenige Per-sonen angetroffen, die Feuer entfacht hätten. Dort wo man dies festgestellt habe, seien die nötigen Gespräche erfolgt und die Feuer gelöscht worden. Man habe die Situation gut im Griff. Am 1. August habe der Stadtrat ein totales Feuerwerksverbot beschlossen, weil es nicht sinnvoll gewesen wäre, nur die Quartiere in Waldnähe mit dem Verbot zu belegen. Weiter hätte die Feuerwehr bei Flächenbränden Wasser aus den Bächen nötig gehabt und dieses sei nicht vorhanden gewesen. Es wären also Reservoirs unnötig geleert worden. Dazu komme, dass Liestal Schutzwälder habe, denen nichts passieren dürfe. Und zuletzt sei mit der kleinen Regenmenge kurz vor dem 1. August die Gefahr nicht gebannt gewesen. Der Stadtrat habe die Massnahme in den Medien kommuniziert. Im nachhinein könne man sagen, dass es ein Fehler gewesen sei, keine Plakate aufzustellen. Am 1. August sei eine Equipe zwischen 18.00 und 20.00 Uhr unterwegs gewesen und danach die Stadtpolizei auf Pikett gewesen. Übertretungen hätten somit umgehend gemeldet werden können. Die Echos auf den Entscheid und die Einhaltung des Verbots seien unterschiedlich gewesen. Es sei jedoch nichts passiert und dies sei die Hauptsache.

2. Zusatzfrage, Werner Spinnler (FDP): Kann der Kanton nicht ein Verkaufsverbot aussprechen, oder geht die Gewerbefreiheit so weit?

Stadträtin Marliese Zimmermann antwortet, bedingt durch die Gemeindeautonomie habe der Kanton das Feuerwerksverbot nicht flächendeckend anordnen können. Zur Kompetenz bezüglich Verkaufsverbot könne sie nichts sagen.

3. Zusatzfrage, Jürgen Hänggi (GL/Fraumättler): Wurden Bussen verhängt?

Antwort Stadträtin Marliese Zimmermann: Nein.

4. Zusatzfrage, Daniel Schwörer (FDP): ist dem Stadtrat bewusst, dass bei der Aus-sprechung eines Verbots Kontrolle und bei Zuwiderhandlung Bestrafung nötig ist?

Antwort Stadtpräsident Marc Lüthi: Ja.

13. Frage, Rolf Senn (FDP): Die Spittelerstrasse - als Verbindung zwischen Seltisberger- und Gitterliststrasse - ist seit über 12 Monaten gesperrt und nun als Sackgasse bezeichnet. Wo liegen die Gründe für diese lange Bauzeit? Warum ist die Strasse nach wie vor als Sackgasse bezeichnet, obwohl sie in Richtung Rehhagweg befahren werden kann? Worin liegen die Gründe, dass der untere Teil der Spittelerstrasse immer noch gesperrt bleibt? Auf welchen Zeitpunkt hin ist die Spittelerstrasse wieder für den Verkehr offen?

Stadtrat Heiner Karrer bestätigt, die Baustelle dauerte wirklich lange. Es würden aber nicht die Anwohner darüber reklamieren, sondern Personen, welche die Spittelerstrasse als Durchfahrtsstrasse benützen wollten. Die Anwohnerschaft lobe die Baustelle, weil diese eine Verkehrsberuhigung gebracht habe und die Bauleitung darauf achte, dass die Anwohner nicht durch den Baulärm drangsaliert würden und die Zugänglichkeit zu den Liegenschaften gewährleistet sei. Hier hätte man mit einer rigoroseren Arbeitsweise in ca. 11 – 12 Monaten fertig werden können. Beim jetzigen Tempo dauere die Bauzeit ca. 16 Monate. Warum die Sackgassentafel immer noch stehe, sei nicht klar, aber da damit der Schleichweg zur Gitterliststrasse unterbunden werde, allenfalls verständlich.

5. Zusatzfrage, Hans Brodbeck (FDP): Kann zugesagt werden, dass die Baustelle im November vollendet ist?

Stadtrat Heiner Karrer antwortet, er habe den Zeitpunkt des Baubeginns nicht genau präsent, die Gesamtbauzeit betrage aber ca. 16 Monate.

14. Frage, Pascal Porchet (FDP): In der Tiergartenstrasse wurden kürzlich rote Signalisationen, vermutlich für künftige Parkfelder, angebracht. Falls dies so ist, dann wird die Durchfahrt durch die Tiergartenstrasse künftig ein Slalom und bei Schulschluss, mit den vielen Schülern auf der Strasse, ein Flaschenhals. Wie sieht der Stadtrat dies?

Stadtrat Heiner Karrer erklärt, ein Planer habe sich diese Parkplätze überlegt. Sie seien im Moment provisorisch aufgezeichnet und man sei mit den Anwohnern über Sinn und Richtigkeit im Gespräch. Er rechne aber damit, dass nicht alle diese Parkplätze tatsächlich realisiert würden.

15. Frage, Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP): Die Trennwände welche in der grossen Frenkturnhalle benützt werden, sollen anscheinend eingerissen sein, so dass sie auseinander fallen könnten. Zusätzlich nicht mehr optimal soll die Sicherungsrolle sein. Wenn die Bremse versagt, könnten die Trennwände herunterfallen. Wurde schon etwas unternommen? Ist die Sicherheit gewährleistet?

Stadtrat Heiner Karrer führt aus, ihm sei bekannt, dass die Trennwände nicht in optimalem Zustand seien. Diese würden demnächst geflickt. Ein Ersatz sei aber erst in ca. sieben Jahren vorgesehen. Entscheidend sei die Sicherheit. Er habe sich bestätigen lassen, dass diese gewährleistet sei, werde sich dies aber, aufgrund der heutigen Frage schriftlich bestätigen lassen, da die Sicherheit wirklich wichtig sei. Aufgrund der Finanzen sei aber sonst vorerst eine "Pflästerli-Taktik" nötig.

16. Frage, Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP): In der Fragestunde von 9. April 2003 wurde für den Nuglarweg zum Schutz der Fussgänger ein Fahrverbot zugesichert. Warum wurde diese Signalisation noch nicht angebracht? Wie lange wird dies noch dauern?

Stadträtin Marliese Zimmermann antwortet, als Einwohnerrätin wäre sie wohl nicht zufrieden mit der folgenden Antwort. Sie habe in der Verwaltung nachgefragt und dort habe man nicht sagen können, wo das Projekt stecke. Die sofortige Erledigung sei nun aber eingeleitet.

17. Frage, Franz Kaufmann (SP): Die Organisation "Sanu, Partner für Umweltbildung und Nachhaltigkeit" bietet Kurse für Gemeindeangestellte zur naturnahen Gestaltung von Grünflächen an, was auch einen kostensparenden Effekt hat. Weiss die Stadt Liestal von dieser Möglichkeit und wird sie genutzt?

Stadträtin Regula Gysin antwortet in Vertretung von Stadtrat Werner Kunz, die Stadt Liestal kenne das Angebot und erhalte regelmässig die Unterlagen über Weiterbildungsangebote. Die Betriebe würden die Grünflächen aber weitestgehend nach naturnahen Grundsätzen bewirtschaften. Zudem setze man sich im Sparprojekt "Neuausrichtung Betriebe" mit den Grünflächen, deren Erhalt oder Entfernung und deren arbeitssparenden naturnahen Pflege auseinander. Im laufenden Jahr seien keine Teilnahmen an Kursen von Sanu vorgesehen. Für das nächste Jahr werde dieses Thema aber wieder diskutiert.

18. Frage, Franz Kaufmann (SP): Der Schleifewuhrweg ist ab Brauerei beschildert mit "Fussweg zum Bahnhof". Dieser wird von Autos jedoch vermehrt als Schleichweg benutzt, um in die Allee zu gelangen, ohne über die Kantonalbankkreuzung fahren zu müssen. Die engen Verhältnisse unter der Brücke sind für Fussgänger gefährlich. Ein Schild "Achtung Fussgänger" oder eine Tempolimite wären hier wohl angebracht. Was meint der Stadtrat dazu?

Stadtrat Heiner Karrer antwortet, auf dieser Strasse bestehe eine verkehrsberuhigende Massnahme durch die vielen Schlaglöcher. Dadurch seien keine gefährlichen Tempi möglich. Kurzfristig werde dies so belassen, auch die Schlaglöcher. Längerfristig werde der Schleifewuhrweg in die Flanierzone mit einbezogen und dann müssten Massnahmen wie z.B. Tempo 20 geprüft werden.

19. Frage, Orla Oeri-Devereux (SP): Pisa-Studie 2000 - Wie den Medien vor einigen Wochen zu entnehmen war, hat die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren einen Bericht über die Ergebnisse der Pisa-Studie 2000 veröffentlicht. Sieht der Stadtrat kurzfristigen oder langfristigen Handlungsbedarf für Liestal bezüglich der Analyse und Evaluation in diesem Bericht? Haben die Gemeinden Weisungen bzw. Empfehlungen vom kantonalen Departement Bildung, Kultur und Sport erhalten?

Stadtrat Lukas Ott erklärt, der Stadtrat habe die Studie noch nicht gesehen, er sei aber gespannt und interessiert daran. Ursache und Wirkung der Studie seien immer

noch in Diskussion. Auch sei noch nicht klar, wie man zu diesen Resultaten gekommen sei. Er hoffe hier auf Resultate und deren Umsetzung. Der Stadtrat sehe Handlungsbedarf, z.B. bezüglich Gefässen zur Chancengleichheit. Gefässe seien hier die familienergänzenden Betreuungsangebote wie Aufgabenhort, Mittagstisch und Blockzeiten. Inhaltlich liege ein allfälliger Handlungsbedarf weniger bei der Stadt, als beim Kanton zusammen mit Schulen. Vom Kanton sei im Herbst 2002 eine Weisung mit der Aufforderung, die Schriftsprache auch bei den ersten Klassen so oft wie möglich zur Anwendung zu bringen, erfolgt. Diese Weisungen werden in Liestal umgesetzt.

20. Frage, Orla Oeri-Devereux (SP): "Liestal Aktuell" - Dem Stadtrat, bzw. der Redaktionskommission gebührt ein grosses Kompliment für neue Gestaltung und die neuen Inhalte des Liestal Aktuell. Offen ist aber immer noch die Frage der Vergabe der letzten Seite durch Publicitas. Hat eine Verhandlung mit Publicitas bezüglich der letzten Seite von Liestal Aktuell stattgefunden? Falls ja, wie wird zukünftig das Inserieren auf der letzten Seite für die politischen Parteien geregelt? Falls nein, wann gedenkt der Stadtrat die Verhandlungen aufzunehmen?

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, bisher sei der Eingang der Reservation ausschlaggebend gewesen. Im zweiten Halbjahr erfahre Liestal Aktuell nochmals eine leichte Umgestaltung und dann würden weitere Verhandlungen mit Publicitas geführt. Evtl. sei ein Rotationssystem für die Parteien eine gangbare Lösung.

6. Zusatzfrage Orla Oeri-Devereux/Ernst Burkhardt (SP): Kommt bei einer Neuregelung ein Echo an die Parteien? Ist bekannt, wie weit man vorreservieren kann?

Stadtrat Ruedi Riesen äussert, er habe gehört, dass die Bürgerlichen bis 2005 vorreserviert hätten.

21. Frage, Pascal Porchet (FDP): Kostenneutralität beim Betrieb des Standplatzes für Fahrende - Bei der am 25. Juni 2003 erfolgten Informationsveranstaltung wurden diverse Dienstleistungen aufgezeigt, welche die Stadt Liestal zur Gewährleistung eines geordneten Betriebs sicherstellen will. Wie gedenkt der Stadtrat die Kostenneutralität für diese Dienstleistungen zu garantieren?

Stadtrat Heiner Karrer führt aus, man habe in den Vorbereitungen vorgesehen, dass sämtliche Aufwendungen durch die bei den Fahrenden erhobenen Gebühren gedeckt würden. Er könne aber nicht garantieren, dass diese Gebühren von Anfang an zu 100 % kostendeckend seien. Man habe den Tarif von anderen Gemeinden mit Standplätzen übernommen. In den ersten zwei bis drei Jahren würden aber detailliert die Kosten aufgenommen und, falls der Deckungsgrad zu klein sei, die Gebühr entsprechend angepasst.

22. Frage, Werner Spinnler (FDP): In der BZ erfolgte letzte Woche eine Serie von Artikeln über die Situation Liestals. Wie beurteilt der Stadtrat die Inhalte? Wie ist der Stand der Gespräche mit dem Kanton?

Stadtrat Heiner Karrer erklärt, zur ersten Frage könne der Stadtrat keine Aussage machen. Eine Bewertung der Journalisten stehe ihm nicht zu. Einzelne Artikel seien sehr gut recherchiert, andere tönnten eher nach der Aufarbeitung alter Befindlichkeiten. Es gelte die Pressefreiheit. Aber immerhin sei Liestal eine ganze Woche lang das Thema gewesen. Zu den Verhandlungen über Abgeltungen der Hauptstadtfunktion könne er sagen, dass der Stadtrat eine Untersuchung habe machen lassen. Die Ergebnisse würden seit kurzem vorliegen. Der Stadtrat werde diese nun diskutieren und daraus seinen Standpunkt für weitere Verhandlungen bestimmen. Er könne sich aber nicht vorstellen, dass man alles an den Kanton abschieben, für eindeutige Leistungen zugunsten des Kantons aber eine Abgeltung aushandeln werde. Die Strategie liege aber noch nicht fest.

**258 A1.4. Wahlen**

**8. Ersatzwahlen in ständige Kommissionen (Nr. 03/147)**

://: Auf Antrag der Fraktion Grüne/Fraumättler werden folgende Umbesetzungen im Ratsbüro und in der Finanzkommission des Einwohnerrates vorgenommen:

**Ratsbüro**

Ordentliches Mitglied:

Astrid Basler (GL/Fraumättler) anstelle von Ernst Gebhard

Ersatzmitglied:

Ernst Gebhard (GL/Fraumättler) anstelle von Marie-Therese Beeler

**Finanzkommission**

Ersatzmitglied:

Astrid Basler (GL/Fraumättler) anstelle der zurückgetretenen Debora Keller

**259 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**9. Verfahrenspostulat von Daniel Schwörer namens der FDP-Fraktion für ein erheblich reduziertes, symbolisches Sitzungsgeld (Nr. 03/148)**

Das Verfahrenspostulat hat folgenden Wortlaut:

Am 7. September 2003 wird der Liestaler Souverän an der Urne über die Reduktion der Zahl der Stadtratsmitglieder von 7 auf 5 abstimmen. In der parlamentarischen Beratung dazu wurde von der SP beantragt, auch die Zahl der Mitglieder des Einwohnerrates zu reduzieren. Die FDP und mit ihr die Mehrheit des Rats lehnten aus Gründen der breiten demokratischen Abstützung der Volksvertretung den Antrag ab. Die FDP plädierte im Gegenzug für eine massive Reduktion des Sitzungsgeldes.

Die Reduktion der Zahl der Stadtratsmitglieder ist deutlicher Ausdruck für den Willen, die Effektivität der Exekutive und der Verwaltung zu steigern. Die Reduktion der Sitzungsgelder für die Parlamentarierinnen und Parlamentarier soll parallel dazu ein ebenso deutliches Zeichen setzen für den Willen, die besorgniserregende Finanzlage von Liestal zu verbessern. Der Einwohnerrat kostete die Stadt im letzten Jahr 64'000 Fr. Bei einem erheblich reduzierten Jahressitzungsgeld von 500 Fr. ergäbe sich eine Einsparung von 44'000 Fr.; ein nicht unbeachtlicher Betrag.

Das Jahr der Freiwilligenarbeit ist zwar vorüber, doch würde ein auf einen symbolischen Betrag reduziertes Sitzungsgeld den Charakter der Parlamentsarbeit unterstützen: der Dienst an der Öffentlichkeit, der Dienst an der Demokratie.

Das Büro wird daher beauftragt, dem Einwohnerrat eine Vorlage zur Änderung des Geschäftsreglementes (§ 15) vorzulegen, die das Sitzungsgeld für die Mitglieder des Einwohnerrates pauschal auf 500 Fr. pro Jahr (inkl. Kommissionsarbeit und Präsidialfunktionen) festlegt.

Der Postulant verzichtet auf eine mündliche Erklärung und verweist auf seine schriftliche Eingabe.

Schluss der Sitzung: 20.10 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Paul Finkbeiner

Der Ratsschreiber

Martin Schneider